Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 182. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 7. August 1931. | 13. Jahrgang.

Ein Kern des Guten steckt in schlimmen Dingen,
Wenn ihn der Mensch nur aushülft mit Bedacht.
Shakespeare.

Der Umschwung auf dem Gebiet des volkswirtschaftlichen Denkens.

Wenn ich heute die Tageszeitungen durchblättere, muß ich mich immer wieder wundern über den Wandel, der sich in den letzten Jahren im volkswirtschaftlichen Denken unseres Volkes vollzogen hat, und diese Feststellung erweckt in mir die Ueberzeugung, daß wir es in den niederbeugenden Gegenwartsproblemen nicht mit Untergangserscheinungen zu tun haben, sondern mit Uebergängen zu einer neuen Zeit. Darin bestärkt mich auch die Haltung unseres Volkes in der Gegenwart. Es ist selbstverständlich, daß derjenige, der sich durch großen Fleiß ein Guthaben erworben hat, dasselbe erhalten möchte. Seine Sorge verstehen wir. Aber es ist nicht Verzweiflung, was uns in der geistigen Haltung des Volkes entgegentritt, sondern überall empfinden wir eine zuversichtliche Grundstimmung, die sich etwa in der Weise umschreiben läßt: Es mag noch schlimmer werden, aber es muß jetzt etwas geschehen, was uns retten wird. Man erwartet die Befreiung nicht von der Regierung. Sie ist in das bestehende System hineingestellt, und wenn sie viel tut, dann vermag sie die Bahn freizumachen für die Beschreitung neuer Wege. Wie stark der Widerstand ist, der von den Kreisen ausgeht, die äußerlich die Organisation Staat darstellen, erkennt man immer wieder aus der Einstellung des Deutschen Beamtenbundes zu den Wirtschaftsfragen. Das Volk erwartet auch nichts von der Wissenschaft. Es fühlt die Kräfte, die aus der Tiefe aufsteigen, und bedauert, daß diejenigen, die Führer im Staat oder auf dem Gebiet der Wissenschaft sind, keine Fühlung mehr gewinnen können zu den lebendigen Quellen des Volkstums. Am deutlichsten zeigt sich diese Tatsache auf dem Gebiete volkswirtschaftlichen Denkens.

Was gemeint ist, sei an einer Erscheinung der Gegenwart gezeigt. Die „Kieler Neuesten Nachrichten" (größte Tageszeitung Schleswig-Holsteins) stellten vor etwa einem Monat das Thema zur Verhandlung: „Unser Geld und die Wirtschaftskrise." Seit dieser Zeit hat täglich irgend jemand aus dem Volke Stellung zu der Frage genommen. Nur ein kleiner Teil der eingegangenen Beiträge hat Aufnahme finden können. In der Auseinandersetzung ist immer wieder behauptet worden, daß wir uns durch eine Aenderung unseres Geldwesens von den Reparationen befreien könnten, daß wir in einigen Monaten unsere Wirtschaft in Vollbetrieb setzen und dadurch die Arbeitslosigkeit zum Verschwinden bringen könnten. Die gegnerischen Stimmen bezweifeln nur die Richtigkeit der Behauptung. Wer sind aber die Schreiber jener Ausführungen, die bis jetzt gemacht worden sind? Es sind Vertreter der Kaufmannschaft, des Handwerks, des Kleinbauerntums, der Arbeiterschaft und der Beamtenschaft. Bislang hat sich aber noch kein Vertreter der Wissenschaft an der Aussprache beteiligt. Hält man in diesen Kreisen die Frage nicht für wichtig genug? Das kann in dieser Zeit, in der sich alles um die Regelung der wirtschaftlichen Fragen dreht, doch wohl nicht behauptet werden. Oder soll man schließen, daß die Reformpläne wissenschaftlich nicht zu widerlegen sind? Wenn das der Fall ist, dann kann den zünftigen Wissenschaftlern der Vorwurf nicht erspart werden, unterlassen zu haben, die Wahrheit von zuständiger Seite aus anzuerkennen. Wenn die Voraussetzungen aber zu widerlegen sind, dann dürften sie noch mehr Veranlassung haben, in die Auseinandersetzung einzugreifen, damit ein Irrtum sich nicht zum Schaden des Volksganzen in vielen Köpfen festsetzt. Ich möchte annehmen, daß das Neue, das so plötzlich hervortritt und so sehr von allen Gedankengängen der zünftigen Wissenschaft abweicht, die Ursache ist, daß sie selbst keine Stellung zu gewinnen vermag. Als der Graf Zeppelin seine Erfindung dem Kriegsministerium anbot, da fällte die Kommission der Wissenschaft, der die Sache zur Prüfung vorgelegt worden war, das Urteil, daß es sich um die Pläne eines phantastischen Menschen handle. Fortan hieß der Erfinder nur noch „der verrückte Graf vom Bodensee", bis er mit seinem Luftschiff der staunenden Welt die Richtigkeit seiner Ideen bewies. Als das Zweirad erfunden war, leugnete die Wissenschaft die Möglichkeit, daß ein Gegenstand, der nur an zwei Punkten unterstützt sei, das Gleichgewicht halten könne, solange, bis sich der Fahrer auf das Rad schwang und, indem er davon fuhr, zeigte, wie die Gesetze der Statik von denen der Dynamik über den Haufen geworfen werden können.

Aehnliche Beispiele lassen sich noch in Menge aufzeichnen, und um etwas Aehnliches wird es sich hier auch handeln.

Die neue Erkenntnis, die sich jetzt unhaltbar durchsetzt, ist die, daß die Vorgänge der Wirtschaft mitbedingt sind durch die Geschehnisse in der Geldverwaltung, daß von der Geldseite her also auch Einfluß gewonnen werden kann auf den Wirtschaftsverlauf.

Das sind Selbstverständlichkeiten, wird man heute sagen. Nun, diese Behauptung, die heute als Selbstverständlichkeit hingenommen wird, wurde vor vier Jahren noch als Utopie bezeichnet, und nur ganz wenige Zeitungen — der „Aufwärts" war, soweit ich es übersehen kann, die einzige Tageszeitung — wagten es, solche Absonderlichkeiten den Lesern zu bieten. Ist es doch ein marxistischer Grundsatz, daß die Ordnung des Geldwesens eine interne Angelegenheit der Kapitalisten sei, die das werktätige Volk nichts angehe. Die Inflation hatte die Richtigkeit dieser Ansicht anscheinend noch bewiesen. Die Währung war zerbrochen, aber die Wirtschaft hatte kaum einen Schaden erlitten. In jenen Jahren gab es keine Arbeitslosigkeit. Und so erlebten wir denn das traurige Schauspiel, daß gerade diejenigen im Volke, die die Lösung der sozialen Frage auf ihre Fahne geschrieben hatten, sich schützend vor Mammons Thron stellten. Für sie bestand die goldene Internationale nicht. (Man lese: Arbeiterklasse und Geldpolitik von Hans Schumann, Verlag von Stritzke und Co, Altenburg Thür.).

Aber das Bedauerliche ist, daß auch heute noch in der praktischen Wirtschaftspolitik nichts davon zu erkennen ist, daß im Volkswillen eine andere Richtung entstanden ist. Alle Regierungsmaßnahmen sind auf den Grundsatz eingestellt, daß nur von der Produktionsseite aus die Probleme der Gegenwart in Angriff genommen werden können. Darum müssen die Kredite gekürzt, der Preisabbau weiter getrieben werden, darum müssen Löhne und Gehälter noch weiter herunter. Es gibt kaum jemand, der noch der Ansicht ist, daß wir auf diesem Wege aus dem Elend herauskommen können, denn die Deflation, die besteht, wird nur noch weiter vorgetrieben. Um so dringender ist das Verlangen, nun von der Geldseite aus der Gegenwartsnot entgegenzutreten. Tagtäglich laufen bei der Regierung Vorschläge ein, nach denen die Wirtschaftsnot beseitigt werden kann, und in ihnen wird in der zuversichtlichsten Form der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß nur dieser Weg beschritten werden braucht, um alle Schwierigkeiten wegzuräumen. Was soll die Regierung in ihrer Bedrängnis bei diesen so dringlich vorgetragenen Plänen tun? Das Mindeste, wozu sie sich m. E. verpflichtet fühlen müßte, wäre, die Sache der Oeffentlichkeit zu unterbreiten und Kommissionen einzusetzen, von denen die Frage von allen Seiten aus durchforscht werden möchte. Aus allem bisher Gesagten geht hervor, daß die Angelegenheit nicht dem Urteil der Fachgelehrten allein überlassen werden kann. Sie mögen sich mit den Männern aus dem Volke zusammen an den Verhandlungstisch setzen, die auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen oder auch ihrer theoretischen Ueberlegungen zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß auf den alten Wegen nicht mehr weiter geschritten werden darf.

B. K.

Was sagt uns der 9. August?

Berlin, den 4. August 1931.

Heute vor 17 Jahren saß Schreiber dieser Zeilen, von einer geplanten Afrikareise zurückkehrend, in einem Bahnhofswartesaal der Stadt Rom, als plötzlich mit einem wilden Jubelgeschrei Extrablätter verteilt wurden, welche den Eintritt Englands in den Krieg gegen Deutschland mitteilten. Tatsächlich hatte an diesem Tage der englische Botschafter, Sir Edward Goschen, in Berlin dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Jagow, die englische Kriegserklärung übermittelt. Seit dieser Zeit hat das deutsche Volk in wechselreichen Auswirkungen Ungeheures geleistet, indem es sich über 4 Jahre nach unerhörten Siegen auf allen Kriegsschauplätzen bis zum Ende des Krieges gegen eine Welt von Feinden behauptet hat. Mit dem Waffenstillstand von Spaa und dem Friedensvertrag von Versailles kehrte jedoch ein wirklicher Friede nicht zurück, sondern die Folgezeit brachte uns nach dem Ausspruch eines französischen Staatsmannes die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Was die Feinde bezweckten, haben sie erreicht. Ein ungeheurer Wandel im Stärkeverhältnis der Mächte ist eingetreten. 1914 war Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiete weit davon entfernt, irgendwie mit Deutschland konkurrieren zu können. Militärisch war es ihm hoffnungslos unterlegen. Heute ist Frankreich der erste Militärstaat und der zweite Goldstaat der Welt geworden, so daß England und Amerika, die Frankreich zu diesem Aufstieg die Steigbügel hielten, anfangen, unter Frankreichs Machtfülle zu leiden. Wir dagegen sind miltärisch auf den Nullpunkt gekommen und kämpfen wirtschaftlich einen verzweifelten Todeskampf, dessen Ausgang zur Zeit noch völlig ungewiß ist, obwohl wir nicht daran denken dürfen, jede Hoffnung fahren zu lassen.

Es soll selbstverständlich zugegeben werden, daß der verlorene Krieg (viele Hunde sind des Hasen Tod) und die Bestimmungen des Friedensvertrages uns in unserer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen haben. Aber es muß doch gerade mit Rücksicht auf das Herannahen des 9. August mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht werden, daß verlorener Krieg und Friedensdiktat uns nicht in dem Maße niedergeworfen hätten, wenn nicht zugleich durch Ausrufung der Republik der alte Ordnungsstaat aufgehoben und ein System eingeführt worden wäre, das uns dann mit Riesenschritten dem Abgrund so nahe gebracht hat, daß heute ein Entrinnen, eine Rettung kaum noch möglich erscheint. Zwölf Jahre nach Beendigung des wirklichen Krieges hat ein Teil des Volkes sich dem trügerischen Glauben hingegeben, daß im Zeichen des neuen Systems ein Zeitalter goldener Freiheiten und dergleichen anbrechen würde. Erst allmählich fing man an, vom Irrtum zur Wahrheit zu reifen, indem man erkannte, daß ein Weiterschreiten auf diesem Wege wirtschaftlich und politisch unser Tod sein würde. Immer größer wurde die Zahl derer, die zur Umkehr mahnten und die Forderung aufstellten, das gegenwärtige System durch ein anderes, den Lebensnotwendigkeiten des Volkes angepaßtes, zu ersetzen. Schon die Reichstagswahlen am 14. September v. Jahres zeigten deutlich, daß die Geduld eines beachtenswerten Teiles der Wählerschaft mit dem heutigen System zu Ende sei. Immerhin war der Ausfall der Wahl nach Ansicht der Staatsmänner nicht geeignet, einen entschiedenen Rechtskurs zu steuern, sondern die vom Reichspräsidenten Hindenburg mit seinem Vertrauen beehrte Regierung Brüning blieb am Ruder. Obschon der Schreiber dieser Zeilen, wie bekannt, Dr. Brüning für den Staatsmann hält, der Dank seiner Befähigung in der Lage ist, das Schiff durch gefährliche Klippen hindurchzusteuern, so bedauert er doch, wahrscheinlich mit allen Lesern des „Aufwärts", daß in Preußen eine Regierungskoalition sich bis jetzt behauptet hat, die auch auf die Reichspolitik nicht ohne Einfluß war und in mehrfacher Hinsicht sich verhängnisvoll ausgewirkt hat. Die Macht dieser Regierungskoalition unter Führung der Sozialdemokratie hat nur eine scheinbare Unterlage, weil der jetzige Landtag vor 3 Jahren gewählt ist, und seit der Zeit sich auch in Preußen ein Stimmungswechsel vollzogen hat, so daß die heutigen Parteiverhältnisse im Landtag der Wirklichkeit nicht mehr entsprechen und daher die preußische Regierung im Landtag noch über eine knappe Mehrheit verfügt, die Mehrzahl der Wähler aber längst nicht mehr hinter sich hat.

Es ist dem Stahlhelm zu danken, daß durch den am 9. August zu betätigenden Volksentscheid Klarheit geschaffen werden soll. Davon sind die weitesten Kreise überzeugt, daß das bisherige System in Preußen sich weiter zum Schaden Preußen-Deutschlands sich auswirken wird. Die Pressenotverordnung erschwert es, auf alles das einzugehen, was wir im Laufe der Jahre an Korruptionen und anderen Mißerscheinungen erlebt haben. Braun und Severing als die maßgebendsten Faktoren in der preußischen Regierung sind Durchsetzungskünstler, welche mit einsernem Willen erwirkt haben, daß der preußische Verwaltungsapparat in seinen verschiedensten Zweigen so gut nach sozialdemokratischen Parteinotwendigkeiten durchsetzt ist, daß er schon jetzt in sozialdemokratischem Parteisinne glänzend funktioniert. Nach allem, was man dabei erlebt hat, darf man starke Zweifel hegen an der Auffassung, daß die Auswüchse dieses Systems nicht standhalten gegenüber dem alten Preußen, dessen Beamte durch jahrelange Vorbildung zu treuester Pflichterfüllung erzogen waren. Aber, wie gesagt, diese Zweifel näher zu begründen, sie mit erdrückendem Tatsachenmaterial zu beweisen, wird erschwert durch die unter

Preußens starker Förderung zustandegekommene Presse-Notverordnung, die gerade im rechten Augenblick erschien, um den preußischen Behörden die Möglichkeit zu geben, den national und für den Volksentscheid eingestellten Zeitungen einen Maulkorb anzulegen, so daß dadurch dieser Kampf mit völlig ungleichen Waffen geführt werden muß. Hunderte von Zeitungen, die sich für den Volksentscheid einsetzten, sind bereits verboten. Wer nicht versteht, sich vorsichtig auszudrücken, wird vom gleichen Schicksal ereilt. Trotzdem sei auf eines hingewiesen, was doch mit der in Neu-Preußen vielgepriesenen Meinungs- und Gesinnungsfreiheit in starkem Widerspruch steht. Wer als Beamter oder Angestellter im preußischen Staat oder in den Kommunen Anspruch auf Arbeitsmöglichkeit erhebt, tut gut, sich vorher ein sozialdemokratisches Parteibuch anzuschaffen. Erst kürzlich noch ging durch die Presse eine Aufstellung, die mit erschreckender Deutlichkeit zeigte, wie parteimäßig bei Einstellung und Entlassung der Angestellten verfahren wird. Diese Angelegenheit hat soviel Staub aufgewirbelt, daß sogar ein Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages sich damit beschäftigte und Feststellungen machte, die für die sozialdemokratischen Machthaber sehr peinlich waren.

Doch nicht diese Fragen allein sind es, die für uns am 9. August ausschlaggebend sein sollen, sondern auch die Tatsache, daß besonders in den Jahren, wo im Reiche die Sozialdemokraten in der Regierung führend waren, Preußen in der inneren und äußeren Politik eine ausschlaggebende Rolle spielte, und zwar in einem Sinne, der uns Stück für Stück zurückgeworfen hat zur größten Freude unserer Gegner. Es ist bezeichnend, daß die Franzosen, je näher der 9. August herannaht, sichtlich nervös werden und der Befürchtung Ausdruck geben, daß der nationale Selbstbehauptungs- und Abwehrwille stark genug sein könnte, der sozialdemokratischen Regierung in Preußen einen Fußtritt zu versetzen. Jetzt, wo Braun und Severing in Gefahr sind, schreit Frankreich empört auf, und die nationalistischen Zeitungen in Paris künden den Zusammenbruch des staatlichen Gefüges des Reiches an für den Fall, daß der Volksentscheid ein positives Resultat haben würde. Wenn das die Franzosen sagen, und wenn diese bangen um den Fortbestand der preußischen Regierung in gegenwärtiger Gestalt, dann dürfen wir gewiß sein, daß wir mit dem Volksentscheid auf dem richtigen Weg sind. Es entsteht daher für alle, die ein gesundes Preußen als Rückgrat für Deutschlands Größe und Freiheit wiedererstehen sehen wollen, daß sie am 9. August ihre Pflicht tun in dem Bewußtsein, durch Stimmabgabe mitzuhelfen, daß unser nationaler Tiefstand, der so oft dem Ausland gegenüber zum Ausdruck gekommen ist, überwunden wird durch die alte preußische Gesinnung, die in früheren Jahrhunderten Preußen zu dem machte, was es war und auch in Zukunft wieder werden soll.

W. W.

Zwischen Partei-Nationalismus und Partei-Sozialismus.

Eine Volksdienst-Stimme.

1918 rüttelte die Revolution auch am holländischen Thron der Oranier. Durch das Herbeieilen treu ergebener Truppenformationen aus Friesland, wo gerade die evangelisch-politische Bewegung ihren sicheren Halt in der Bevölkerung gefunden hatte, wurde der Umsturz verhütet. Katholische Truppen aus Limburg halfen mit. Der 81-jährige Abraham Kuyper nahm diese Wendung als eine ungeahnte Erquickung aus Gottes Hand.

Es bleibt eine denkwürdige Situation für uns Deutsche, wie zu gleicher Zeit beim Abschluß eines an Siegen überreichen Weltkampfes, der zuletzt jedoch in Niederlage und Zusammenbruch endete, aus tiefer Verflochtenheit von Schickung und Schuld heraus in unserem seelisch wie physisch zermürbtem Volk eine Revolution jahrhundertealte Dynastien hinwegzufegen vermochte. Eine starke nationale Bewegung, die in den Vorjahren Großes und Erhabenes im Abwehrkampf des ganzen Volkes erwirkt hatte, war am Ende ihrer Kraft und kapitulierte vor der Straße. Wenn in den letzten 12 Jahren in zunehmendem Maß und in erfreulicher Weise eine neue nationale Besinnung in unserem Volk und sonderlich seiner jungen Generation erwachte und teilweise sich ungestüm und radikal gebärdete, soll diese ernste Lehre aus der Kriegszeit dennoch nicht übersehen werden. Es ist letztlich die historische Tatsache, daß die Entfaltung deutschen Volkstums im Verlauf der Jahrhunderte immer wieder durch christliche Lebenskräfte befruchtet und erneuert worden ist. Vom Uebertritt germanischer Stämme zum Christenglauben führt über die Person Martin Luthers diese Linie hin zu den Befreiungskämpfen vor 120 Jahren. Die Ermannung unseres Volkes in Einmütigkeit in den ersten Kriegsjahren weist deutlich dieselbe Wurzel der Kraft auf. Stehen wir gegenwärtig wieder vor einer ähnlichen Gnadenzeit? Noch einmal kommt es im kommenden schweren wirtschaftlichen und geistigen Ringen auf den ganzen Einsatz an. Aufstieg oder Versinken heißen die beiden Schalen der Waage. Allein in der Beugung unseres deutschen Volkstums unter die allmächtige Hand des lebendigen Gottes sehen wir evangelischen Christen in unserem Volke Verheißung und Gewähr, daß sich sammelnde nationale Kraft nicht wieder an harter Wirklichkeit zerschellt, sondern aus tieferer Wahrheit heraus in eherner Gerechtigkeit allen Volksschichten gegenüber sich führend erweist. Dazu gesellt sich unter außenpolitischen Perspektiven die dringliche Forderung nach christlicher Solidarität der Christenvölker und ihrer Führer in der alten wie neuen Welt.

Unser heutiger Staat wird von weiten Kreisen unseres Volkes, auch von denen, die seine Verfassung schufen, in seiner nunmehrigen Form nur als ein Interim betrachtet. Es ist bei der jetzigen unsicheren Lage durchaus gut, daß den organisierten roten Verbänden eine gesunde, nicht überspannte, aber doch verantwortungsbewußte und energische, vor allen Dingen aber wachsame nationale Bewegung als Gegenpart gegenübersteht. Wer sollte sich darüber nicht freuen können! Es muß jedoch noch einmal unterstrichen werden, daß für eine solche Bewegung die Bejahung der Staatsautorität verlangt werden muß! Es kann dem Vaterlande nicht gleich gelten, ob drin die Willkür, drin die Satzung herrscht! Von einer nationalistischen Revolution werden wir nur neues, vermehrtes Unheil für unser Volk zu erwarten haben. Hier liegt die Verantwortung der Führer. Wenn verhetzte und bestochene rote Sturmtrupps es noch einmal wagen sollten, an der Obrigkeit sich ernstlich zu vergreifen, muß neben unserem Berufsheer diese nationale Front in Bereitstellung stehen. Anders als 1918! Gewissermaßen nur als freundlicher Wink über die nachbarlichen Zäune hinweg soll es bedeuten, wenn wir im Volksdienst es bezeugen, daß auch bei uns die aktive Kriegsgeneration gut vertreten ist.

Wir erleben es jetzt, wie fast überraschend sich statt der erträumten Diktatur der radikalen Flügel eine von den Parteien sich distanzierende energische Diktatur Hindenburg-Brüning durchzusetzen vermocht hat. Auch die neue Preußenregierung soll ohne Bindungen an die Parteien alle aufbauenden Kräfte zu wuchtiger nationaler Aktion zusammenfassen. Eine wahrhaft nationale Opposition bedeutet dann für die leitenden Staatsmänner und die regierenden Instanzen einen wertvollen Gegenspieler. Ein Sprichwort besagt: Sage mir, mit wem du umgehst; ich will dir sagen, wer du bist. Das läßt sich für unsere politischen Verhältnisse mit folgenden Worten abwandeln: Sieh dich einmal im Volk um, dann wirst du erkennen, wie die Regierung aussieht. Hier liegt die große Verantwortung aller Besonnenen in unserem Volk. Jetzt gilt es, ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen. Es ist freilich ein Dienst, der nicht allein durch militärischen Gleichschritt auf unseren Straßen erfüllt werden kann.

Es bleibt ein Verdienst einzelner deutscher Sozialdemokraten, vor 13 Jahren die der Regierung entfallenden Zügel aufgegriffen zu haben, sodaß mit Unterstützung der sich bald aufgerafften Freischaren Rätediktaturen sich auf die Dauer nicht zu halten vermochten. Mit Genugtuung kann die sozialdemokratische Arbeiterbewegung auf ihre organisatorischen Leistungen zur Sicherung und Hebung der wirtschaftlichen Lage ihrer Anhänger hinweisen. Sie können sich heute neben anderen kapitalistischen Betrieben getrost sehen lassen. Eigene Kraftanstrengung ist es gewesen. Bezüglich der Wahrung des eigenen Einflusses beschreitet die Sozialdemokratie auf dem Verwaltungsgebiet skrupellos Wege, gegen die sie selbst in der Vorkriegszeit gewaltig räsonniert hätte und hat. Diese Anpassung an die Verhältnisse ohne inneres Rückgrat ist bedauerlich, zugleich aber auch ein Schaden für ihre Sache selbst. Diese Taktik wird bald abgewirtschaftet haben. Was der sozialdemokratischen Bewegung am meisten in diesem Zusammenhang zugesetzt hat, ist die Futterkrippensucht weiter ehemaliger bürgerlicher Kreise mit säkularistischer Grundstimmung, die Anhängerschaft aus akademischen Kreisen inbegriffen. Ein Zuwachs an Gehirn, der an sich imponiert, erweist sich später öfter als Wasserkopf. Eine Heilung ist dabei nicht möglich.

Irgendwie — direkt oder indirekt — muß der echten sozialdemokratischen Führerschaft wie Gefolgschaft aus Arbeiter- und Beamtenkreisen noch einmal die Gabelungsmöglichkeit nahegelegt werden: Will der einzelne und will die Partei, die als Programmpunkt sich auf die These „Religion ist Privatsache" stützt, diesen Passus aus ihrem Programm mit ehrlicher Offenheit streichen und lieber sagen, wir sind Stock-Atheisten, — oder ringt sich vielleicht zum Heil der deutschen Arbeiterschaft selbst und unseres ganzen deutschen Volkes zumindest in der jungen, aufgeschlosseneren Generation die Erkenntnis durch: auch wir stehen still vor der Majestät einer letzten Wirklichkeit in Gott, auch wir können nicht länger an der Gestalt vorübergehen, nach der unsere Zeit gerechnet wird.

Die christlich-soziale Linie des Volksdienstes muß es ihnen erleichtern helfen.

Dr. med. Börngen, Halle

Lösungsversuche?

Bei Dickens kommt eine Figur vor, die einem unvergeßlich ist, wenn man sie kennen gelernt hat. Es ist Mr. Micawber, der mit seiner ganzen Familie im Schuldgefängnis sitzt, dabei aber immer fröhliche und optimistische Reden führt. Einer seiner ständigen Ausdrücke ist: „maybe something will turn up." Verdeutscht: „Es wird sich schon noch etwas ereignen, das eine Wendung zum Besseren bringt. An diesen Ausdruck erinnert das Blatt „Time and Tide" in einem Artikel, der sich damit beschäftigt, die Frage zu erörtern, was denn nun nach der Annahme des Hooverplanes später werden soll. Gegenwär-

---

Wer ist Dr. Brüning?

(Schluß.)

Nach dem Kriege gab es für Dr. Brüning nur noch ein Ziel, nur noch eine Lebensaufgabe, die lautete: Dienst an diesem armen deutschen Volke. Diese Aufgabe füllt ihn mit einer Leidenschaft aus, die für nichts anderes mehr Raum läßt. Er geht völlig auf in der von ihm selbst gewählten Pflicht. Jede Erholung und Zerstreuung opfert er einem fanatischen Arbeitswillen. Er nimmt sich in eine Zucht und steigert sich in eine Sachlichkeit hinein, de ihm manchmal schon den Blick für die unsachlichen Wirkungsmöglichkeiten, für die Imponderabilien, zu verdunkeln droht. Sein Gesundheitszustand war infolge des Feldzuges nicht der beste. Erst in den letzten Jahren ist es einem Arzt gelungen, ihm eine halbwegs feste Gesundheit als Basis seines Arbeitswillens wiederzugeben. Obwohl fast zu bescheiden, verfügt Dr. Brüning über eine große innere Festigkeit, Sicherheit und einen ungeheuren sachlichen Ehrgeiz, der ihn unerschütterlich an seine Berufung glauben läßt.

Bei dem „Studentenkaplan" Dr. Sonnenschein begann Dr. Brünings Wirken in der Studentenfürsorge, die sehr bald zu einem umfassenden, sozialen Hilfswerk anwuchs. Der Not vieler armer Studenten entsprechend führte auch Dr. Sonnenschein und sein armer Sekretär Dr. Brüning ein rechtes Hungerdasein. Jedoch handelte es sich in dieser Tätigkeit nur um einen Durchgangsposten. Denn schon im Spätsommer 1919 berief der damalige Wohlfahrtsminister Stegerwald, Dr. Brüning in sein Ministerium und machte ihn zu seinem Privatsekretär. Stegerwald, der damals schon eine zwanzigjährige Führertätigkeit bei den Christlichen Gewerkschaften hinter sich hatte, sah die Saat seiner Arbeit aufgehen. Die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, die auf dem Boden einer christlich-nationalen Weltanschauung standen, wurden im Deutschen Gewerkschaftsbund zu einer gemeinsamen Front zusammengefaßt. Für diese Arbeit brauchte Stegerwald Heinrich Brüning, der am 1. November 1919 sein Amt antrat. Die ihm gestellte Aufgabe war wahrhaftig nicht leicht. Gewiß bedeutete die Autorität Stegerwalds im christlichen Gewerkschaftslager allerlei, aber für den jungen Akademiker war es nicht so leicht, sich Autorität zu verschaffen, da die Arbeiterführer meistens in ihrem Verbandsleben ein selbstbewußtes Auftreten zur Schau tragen. Aber sein ungeheurer Fleiß, seine Bescheidenheit, seine Kunst, Menschen zu behandeln, machten ihn auch hier zum Sieger, so daß es nicht lange dauerte, bis er alle Fäden fest in der Hand hatte. Auch in der Gewerkschaftsarbeit arbeitete er mit der ihm eigenen Gründlichkeit. Nicht nur die deutsche Gewerkschaftsbewegung interessierte ihn, sondern er versuchte, seine Wissenschaft auf das Gewerkschaftsleben aller Länder auszudehnen, so daß es kaum eine Frage gab, die er nicht beantworten konnte.

Es ist natürlich, daß die Stellung als Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes Dr. Brüning in sehr enge Berührung mit der Politik und auch mit den politischen Parteien brachte. Insbesondere erkannte er, daß das Finanzgebaren im Staatsleben das Barometer für die innere Gesundung des Staatsganzen sei. Obwohl sein Arbeitstisch einen Mangel an Schriften, Briefen und Büchern nicht aufzuweisen hatte, erfuhren diese Vorräte doch noch eine Erweiterung durch die dickbändigen Etats des Deutschen Reiches und anderer Länder. Brüning sagte sich, wer am politischen Leben entscheidend mitwirken will, muß die Finanzfragen des Staates beherrschen. Schon vor seiner Abgeordnetenzeit verfolgte er deshalb die Tätigkeit des Reichsfinanzministeriums und die von dort ausgehende Gehalts- und Steuerpolitik mit einer gewissen Skepsis, bezw., wie es z. B. bei der Erhöhung der Beamtengehälter der Fall war, mit leidenschaftlicher Gegnerschaft.

Durch seine umfassende Tätigkeit und Kenntnis, die er sich allseitig erworben hatte, wurde insbesondere die jüngere Richtung im Zentrum auf ihn aufmerksam. Stegerwald selbst war es, der ihn veranlaßte, auf einer Zentrumsliste an sicherer Stelle zu kandidieren. Brüning wurde gewählt und nun geschah das fast Unglaubliche, daß er in der Zentrumsfraktion schon nach kurzer Zeit der anerkannte Steuerspezialist war. Obwohl er nicht zum Vorstand der Fraktion gehörte, wurde er oft zu Sitzungen hinzugezogen und sein Rat gern gehört. Als dann Stegerwald Reichsverkehrsminister wurde, schlug der Parteivorsitzende Kaas Dr. Brüning für das Amt eines Fraktionsvorsitzenden vor mit der Begründung: Ich habe Brüning systematisch in die vordere Reihe geschoben, weil ich in ihm eine Synthese zwischen Denken und Handeln entdeckte, wie man sie ähnlich vielleicht nur bei den Staatsmännern der alten Griechen findet. Seine neue Aufgabe als Fraktionsvorsitzender führte dazu, daß er im Frühjahr 1930 sein Amt als Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes wegen Amtsüberlastung niederlegte.

Seine Wahl als Fraktionsvorsitzender bedingte, daß Dr. Brüning sich dem Reichspräsidenten vorzustellen hatte, der ihn bis dahin nur flüchtig kannte. Schon im ersten Augenblick schlug zwischen den beiden Männern eine Welle des Vertrauens hin und zurück. Still und beherrscht sagte er klar, was er zu sagen hatte und der Reichspräsident als alter General erkannte mit untrüglichem Instinkt, daß Brüning das Beste des preußischen Offiziers in die Politik gerettet zu haben schien. Es ist wohl der bedeutsamste Augenblick in Brünings Leben, als er sich mit Hindenburg fand, als der alte ostelbische Protestant und der vier Jahrzehnte jüngere katholische Westfale ein ungesprochenes Bündnis für Deutschland schlossen. Beide Männer fühlten die ganze Schwere der Lage auf ihren Schultern. Vielleicht wird eine spätere Zeit schildern, daß damals diese Männer zwischen Deutschland und dem Chaos standen.

Als die Regierung Hermann Müller im Frühjahr 1930 immer mehr versagte, die Zügel am Boden schleifen ließ und schließlich über eine Nebenfrage stürzte, beauftragte Hindenburg ohne Zögern Dr. Brüning mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Schon oft war Brüning als Ministerkandidat genannt worden, vor allem für die Finanzen. Er hat sich nicht nach solchen Aemtern gedrängt. Schweren Herzens, schreibt er einem Freunde, übernahm ich schließlich die Aufgabe, „denn wohl niemand kennt die großen Schwierigkeiten mehr als ich selbst". Er nahm an, weil sein soldatisches Pflichtgefühl den Appell des Herrn Reichspräsidenten nicht ungehört vorübergehen lassen konnte. Das Erbe, welches er von Hermann Müller übernahm, war mehr als trostlos. Als Brüning sein Kabinett bildete, war es tatsächlich schon 5 Minuten vor zwölf und nur der ungeheuren Willenskraft des Reichskanzlers ist es zu danken, wenn wir bisher vor einem Chaos bewahrt geblieben sind. Vieles von dem, was sich in den 16 Monaten seiner Kanzlerschaft ereignet hat, ist noch in lebhafter Erinnerung. Zum Vorwurf wird ihm

tig sei ja nur ein Hin- und Herschwanken ohne irgendwelche nahme des Hooverplanes später werden soll. Gegenwärtig sei ja nur ein Hin- und Herschwanken ohne irgendwelche Klarheit zu bemerken. Die Industrieherren schelten auf die Bankleute, die Bankleute zucken die Achseln und sagen, sie seien weder Propheten noch Wirtschaftler, und zwar gerade die, welche das höchste Ansehen haben, unterscheiden sich von einander bis auf äußerste, wenn über Ursache und Wirkung der gegenwärtigen Verwirrung gesprochen wird. Die Politiker und Präsidenten umgeben sich selbst mit Ratgebern, rufen Konferenzen von Sachverständigen ein und werden nun noch mehr verwirrt durch das, was ihnen da gesagt wird. So daß die einzige klare Idee, zu welcher die Regierungen im Sommer 1931 gekommen sind, die ist, daß, wenn sie die Zahlung der Schulden für ein Jahr verschieben „maybe something will turn up"; aber was dann die gute Wendung herbeiführen soll, kann kein einziger sagen. Etwas zaghaft wird dann noch angedeutet, daß vielleicht die Frage der Goldwährung gelöst werden müsse. W—m.

Unterwegs nach Rom.

Ankunft Freitag früh. — Das offizielle Programm. — Kanzler-Vortrag beim Reichspräsidenten.

— Berlin, 6. August.

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius haben, wie vorgesehen, Mittwoch abend Berlin verlassen und die Reise nach Rom angetreten. Ihre Ankunft in der italienischen Hauptstadt erfolgt Freitag früh. Vor der Abreise der Staatsmänner versammelte sich das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Kanzlers nochmals zu einer kurzen Aussprache, wie sie übrigens bisher jeder Reise in das Ausland vorausgegangen ist. Ferner erstatteten Reichskanzler und Reichsaußenminister dem Reichspräsidenten Bericht.

Nach dem Eintreffen in Rom werden die deutschen Staatsmänner als Gäste der italienischen Regierung im Grand-Hotel Wohnung nehmen. Das offizielle Programm sieht die üblichen Empfänge vor: Besuche bei Mussolini und Außenminister Grandi, Gegenbesuche der italienischen Regierungsführer bei Brüning und Curtius. Ein großes Diner, das Mussolini den deutschen Gästen gibt, wird die offiziellen Reden Mussolinis und Brünings bringen. Neben dem offiziellen Programm, das u. a. auch einen Empfang in der deutschen Botschaft vorsieht, gibt es noch ein offiziöses mit einer Audienz des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers beim Papst und der Erwiderung dieses Besuches durch Kardinalstaatssekretär Pacelli. — Am Sonnabendabend erfolgt dann die Rückreise.

Den politischen Besprechungen mit Mussolini und Grandi mißt man in deutschen politischen Kreisen die größte Bedeutung bei. Diese Aussprache liegt auf der Linie der europäischen Verständigungspolitik, der das Kabinett durch die Aussprachen in Chequers und Paris sichtbaren Ausdruck gegeben hat. Es ist anzunehmen, daß die gleichen Themen, die man in Chequers, Paris und London besprach, auch in Rom zur Debatte stehen, d. h. die Finanzkrisis, und die mit dem Hooverplan zusammenhängende Revisionsmöglichkeit, sowie die Abrüstung.

In Berlin ist man besonders erfreut über den außerordentlich herzlichen Ton der italienischen Presse, die dem bevorstehenden deutschen Besuch ihre ganze Aufmerksamkeit widmet.

Italienische Begrüßungsartikel.

So schreibt „Messaggero", Italien, das mit aufmerksamer Sympathie das Wiederaufbauwerk des Reichskanzlers beobachte, erwidere vollkommen die Gefühle der Zustimmung zur Romreise. Alle Probleme, die die beiden Länder, sei es wegen ihrer besonderen Beziehungen, sei es im Rahmen der internationalen Politik, interessieren, sollen in Rom in einer Athmosphäre der Klarheit und Aufrichtigkeit geprüft werden. Das Blatt spricht von einer großzügigen Vision, die Mussolini in bezug auf die europäischen Angelegenheiten habe und in deren Mittelpunkt die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Staaten und Völkern stehe. Aus dieser Vision heraus habe Italien auch mit ruhiger, aber bestimmter und realistischer Sprache das Ziel verfolgt, möglichst schnell zu einer allgemeinen wirtschaftlichen Neugestaltung zu kommen, die von dem politischen Wiederaufbau untrennbar sei. Unter diesen Umständen dürfe man erwarten, daß der römische Gedankenaustausch einen wichtigen Faktor zur Klärung und Entspannung der internationalen Lage bilden werde.

Mussolinis „Popolo d'Italia" betont die italienische Politik der Zusammenarbeit mit allen Völkern Europas und der Welt und den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staaten im Völkerbund. Mussolini habe nicht bis jetzt gewartet, um sich zu überzeugen, daß die Reparationen und die Kriegsschulden eine der Hauptursachen der anormalen Finanz- und Wirtschaftslage der Welt seien. Ebenso wolle Italien den Frieden durch die Abrüstung sichern. Brüning und Curtius würden daher eine

vollständig klare Politik Italiens

vorfinden, das friedlich arbeiten wolle. Die Turiner „Gazetta del Popolo" schreibt u. a., der Besuch der deutschen Staatsmänner müsse als eine engere Fühlungnahme für die weitere internationale Zusammenarbeit zur Lösung der wichtigsten Wiedergutmachungs- und Abrüstungsfragen betrachtet werden.

*

Kanzler-Erklärung zur Romfahrt

Deutschland und Italien einig in dem Ziel der Befriedung und wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Europas.

— Berlin, 6. August.

Reichskanzler Dr. Brüning gewährte bei seiner Abfahrt nach Rom einem Vertreter des WTB. noch eine Unterredung und führte dabei folgendes aus:

Meinem Kollegen, dem Reichsaußenminister, und mir ist es eine besondere Freude, die Reise nach Rom anzutreten und so Gelegenheit zu finden, den hervorragenden Chef der italienischen Regierung persönlich kennen zu lernen. In Deutschland ist man sich dessen bewußt, daß alle politischen Entscheidungen Italiens in diesen Jahren von dem Gefühl ernster Verantwortung für Europas Befriedung und wirtschaftlicher Wiederaufrichtung getragen waren — zwei Ziele, in denen Deutschlands und Italiens Interessen sich durchaus begegnen. In diesem Sinne möchte ich der Hoffnung auf einen harmonischen und erfolgreichen Verlauf der bevorstehenden zwanglosen und freundschaftlichen deutsch-italienischen Besprechung Ausdruck geben.

Devisen als Hauptwaffe.

— Berlin, 6. August.

Nicht mit Unrecht stand in der letzten Krise und steht noch jetzt die Devisenfrage im Vordergrund. Denn tatsächlich sind Devisen, das sind Wechsel auf das Ausland, für die moderne Volkswirtschaft wirkungsvoller als das Gold. Wer Gold besitzt, kann an das Ausland Anleihen gewähren, wer aber Devisen im Portefeuille hat, also kurzfristige Zahlungsverpflichtungen ausländischer Unternehmen, kann durch die plötzliche Zurückziehung seiner Kredite der fremden Wirtschaft das Blut entziehen. Und wer unabhängig von der Handelsbilanz noch politische Zahlungen an das Ausland zu leisten hat, die er mit dem Devisenertrag seiner Ausfuhr nicht bestreiten kann, der kann dabei sein Vermögen und seine Freiheit verlieren.

Die Schwierigkeiten auf dem deutschen Devisenmarkt rühren denn auch daher, daß wir jahrelang über den normalen Zahlungsverkehr hinaus Reparationen in Beträgen haben leisten müssen, die wir trotz aller Bemühungen um die Förderung unserer Ausfuhr nicht haben hereinbringen können. Die dauernde Wiederherstellung des Gleichgewichts auf dem Devisenmarkt ist daher ohne die Rückkehr wirtschaftlicher Vernunft und politischer Einsicht nicht möglich. Die vernunftwidrige Reparationszahlung, d. h. der einseitige Devisenabfluß von Deutschland an die Gläubigerländer, muß unterbunden oder doch wenigstens so geregelt werden, daß die Gesetze einer gesunden Geldwirtschaft nicht verletzt werden. Schon zu lange ist von der Substanz des deutschen Volksvermögens gezehrt worden. Die von einem der Hauptnutznießer der Tributzahlungen verfolgte Politik, Deutschland auf diesem Wege zu weiteren politischen Zugeständnissen zu zwingen, ist zum Schaden eines gesunden Devisenausgleichs und zum Schaden der gesamten Weltwirtschaft ausgeschlagen!

Der natürliche Devisenausgleich ergibt sich aus einem gesunden Verhältnis zwischen der Ein- und der Ausfuhr eines Landes. Deutschlands Volkswirtschaft ist auf einem regen Außenhandel begründet. Bevölkerungszahl, Raum und Bodenbeschaffenheit lassen weder eine einseitige Agrar-, noch eine einseitige Industriewirtschaft zu. Deshalb wird für Deutschland immer die Notwendigkeit bestehen bleiben, durch wechselseitige Ein- und Ausfuhr Devisen hereinzubringen. Wer verkaufen will, muß kaufen, wer ausführen will, muß auch einführen. Ein einseitiger Außenhandel ist wirtschaftlich ebenso unnatürlich wie das Bestreben, sich völlig vom Ausland abzuschließen.

Aus dem oben Gesagten ergibt sich, daß Deutschland aus volkswirtschaftlichen wie auch aus volksgesundheitlichen Gründen auf die Einfuhr einer bestimmten Menge Auslandsware nicht verzichten kann. Wollen wir mit dem Auslande, insbesondere den Agrarländern, die in erster Linie unsere Industrieprodukte beziehen, Geschäfte machen, so müssen wir auch bereit sein, Erzeugnisse dieser Länder bei uns einzuführen. Die in den letzten Monaten und Jahren in Deutschland erhobene Forderung „Kauft deutsche Waren!" steht dem nicht entgegen. Diese Forderung ist aber stets nur in wirtschaftlich vernünftigem Sinne zu verstehen! Ein völliger Verzicht auf Auslandsware wäre gleichbedeutend mit einem Verzicht auf die deutsche Ausfuhr. Wenn somit bestimmte Auslandswaren notwendig sind, dann muß bei der Zulassung solcher Waren der Blick auf das volkswirtschaftliche Ganze gerichtet werden.

Uebrigens ist die so gegebene Auslandskonkurrenz von volkswirtschaftlichem Standpunkt aus dadurch von außerordentlicher Bedeutung gewesen, weil die Einfuhr ausländischer Qualitätsware erst die Nachfrage und den Verbrauch geschaffen hat, deren wirtschaftliche Auswertung dem deutschen Erzeuger zugute kommt, soweit er in der Lage ist, zu seinem Teil die Nachfrage zu befriedigen. Ein großer Teil der Einfuhr wird aber deshalb aufrechterhalten werden müssen, weil es sich einmal um Erzeugnisse handelt, die in Deutschland überhaupt nicht wachsen oder um eine Ergänzung der deutschen Produktion, die vor Beginn oder nach Beendigung der deutschen Ernte auf den Markt kommt.

Durch eine rücksichtslose Drosselung der Einfuhr würden wir zweifellos den betroffenen Ländern die Möglichkeit nehmen, jene Kaufkraft für den Bezug deutscher Industriewaren zu schaffen, die notwendig ist, um uns die Offenhaltung dieser Absatzmärkte für unsere Industrie zu gewährleisten.

Unter diesen Gesichtspunkten erhält die Devisenfrage eine um so ernstere Bedeutung. Die Devise als solche soll nicht Handelsobjekt, sondern Erfolg und Ergebnis des Warenaustausches sein, sie darf daher auch niemals ein Mittel zur Kapitalflucht werden, wie wir es leider erlebt haben. Hier sind die allerschärfsten Maßnahmen notwendig. Kapitalflucht ist gleichbedeutend mit der Fahnenflucht vor dem Feinde! Jeder kann und muß an seinem Teil dazu beitragen, daß Deutschland über genügend Devisen verfügt, sie sind die friedlichen Waffen im internationalen Handelswettbewerb, sie sind der Ausdruck einer gesunden Volkswirtschaft.

Zahlungskrise überwunden

Glatter Verlauf der Schalteröffnung. — Vorarbeit für die Auflockerung der Wirtschaft. — Baldiges Ende der Börsensperre?

— Berlin, 6. August.

Während der Abwesenheit des Reichskanzlers und des Außenministers wird der mit weitgehenden Vollmachten versehene Wirtschaftsausschuß des Reichskabinetts intensiv an den Vorschlägen zur Auflockerung der Wirtschaft arbeiten, die der Kanzler in seiner Rundfunkrede angekündigt hat.

Die ersten neuen Maßnahmen der Regierung sollen der Rückführung des Sparkassenverkehrs zum normalen Zahlungsmodus dienen. Im übrigen hat man in politischen Kreisen den denkbar besten Eindruck von der Wirkung der Schalteröffnung. Ueberall hat sich die Ingangsetzung des Zahlungsverkehrs bei den Banken ruhig und reibungslos abgespielt. Der Verkehr hat ganz normal eingesetzt. Die Banken sind mit Geld ausreichend vorversorgt und die Auszahlungen sind nicht besonders groß. Vielfach haben die Banken bereitgestellte Gelder der Reichsbank wieder zuführen können; auch hört man davon, daß in vielen Fällen Bankkunden, die für den Tag der Wiedereröffnung der Schalter größere Summen angefordert hatten, ihre Dispositionen rückgängig gemacht haben.

Die Rundfunkrede des Kanzlers hat in den Bankkreisen Zustimung gefunden. Lebhaft beschäftigt man sich jetzt mit den Maßnahmen, die nach den Ankündigungen des Kanzlers auf dem Gebiete des Aktienrechts und des gesamten Kredit- und Kapitalverkehrs ergriffen werden sollen. Wie verlautet, ist zunächst die Einsetzung einer Enquetekommission von drei bis fünf Personen in Aussicht genommen, die innerhalb weniger Wochen einen umfassenden Situationsbericht vorlegen soll. Im Zusammenhang hiermit wird von der Regierung eine Neuordnung der Sparkassenverhältnisse verfolgt. Man beschäftigt sich ferner eingehend mit der Frage der Wiederaufnahme des Börsenverkehrs und hofft, daß nach dem vollen Zahlungsverkehr ein Versuch mit der Wiedereröffnung der Börse unternommen werden könne und nennt hierfür das Datum des 17. August. Nach einer anderen Information soll an die Wiedereröffnung der Börsen zum 1. September gedacht sein. Zu erwähnen ist ferner, daß die amerikanischen Bankiers erneut anerkennen, daß nur die Neuregelung des Reparationsproblems Deutschland wirklich retten kann.

Außerordentlich überraschend kam den Finanzkreisen eine neue

plötzliche Schwächung des englischen Pfundes.

Die Sterlingdevise ging im Verlaufe einer Stunde von 4,8575 gegen Dollar auf 4,8437 zurück, und die Auslandsbörsen reagierten natürlich hierauf mit einer Abschwächung. Die Schwäche des Pfundes wird darauf zurückgeführt, daß französische Banken ihre Pfunde gegen Dollar verkauft und dadurch der Sterlingdevise die Unterstützung entzogen haben. Die Verkaufswelle hat, wie man behauptet, in Paris ihren Ausgang genommen. Das handelsrechtliche Lieferungsgeschäft in Getreide wird mit dem Donnerstag in Berlin wieder aufgenommen werden.

*

Kriegsschulden-Revision unvermeidlich.

Der plötzliche Sturz des Pfundes hat auch Neuyork sehr überrascht. In einer Besprechung der Neuyorker Bankiers, sagt „Times", sei erklärt worden, daß jede das Problem der kurzfristigen Kredite an Deutschland betreffende Maßnahme nur einige Zeit wirksam bleiben könne. Das einzige Mittel, Deutschlands finanzielle Schwierigkeiten zu beheben, sollte eine ganz neue Auffassung der Reparationsfrage enthalten, die den Weg zu einer neuen langfristigen Anleihe ebnen würde. Das Blatt fügt hinzu, die Bankiers glauben mit wenigen Ausnahmen, eine allgemeine Revision der Kriegsschulden an Amerika sei unvermeidlich.

Sprague und Wallenberg bei Hindenburg.

— Berlin, 6. August.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident empfing heute die beiden ausländischen Sachverständigen Professor Sprague, amerikanischer Berater der Bank of England, und den Bankier Wallenberg (Schweden), welche die Reichsregierung in der letzten Zeit mit ihrem Rat unterstützt haben, in einer längeren Audienz.

---

aber gemacht, daß er die deutschen Finanzen sanieren wolle, bevor er das Reparationsproblem in Angriff zu nehmen gedachte. Hier handelte Brüning nach den Erfahrungen des Jahres 1924, wo die deutschen Vertreter mit einem leeren Kassenschrank im Rücken verhandelten und unter diesem Druck einen Zusammenbruch erlebten, wie es Brüning als Verbindungsmann seiner Fraktion zwei Tage lang im Haag hat mit ansehen müssen. Darum setzte er alle Kraft daran, erst den Etat auszugleichen und die nötigen Deckungsmittel rücksichtslos einzutreiben.

Es mag manchem schwer werden, zu einem gerechten Urteil über Dr. Brüning zu kommen. Man hüte sich davor, aus der Tatsache, daß der Reichskanzler Katholik ist, den Gedanken herzuleiten, daß er in nationalen Fragen zuerst Römling sei. Dr. Brüning hat nicht nur im Kriege, sondern auch als Politiker das Gegenteil bewiesen. Er hat alle Spannungen überwunden und schöpft aus seinem Glauben die Kraft zum Dienst am Staate. Und wenn jemand als Katholik zugleich im vollen Sinne Deutscher ist, so ist es Brüning. Alle Verdächtigungen, die nach dieser Richtung hin hier oder da vorkommen, sollten deshalb verstummen. Ebenso sollte als vorbildlich anerkannt werden, mit welcher Sparsamkeit Brüning sein eigenes Leben fristet. Er, der zum Heiraten keine Zeit findet, begnügt sich in seiner großen Bescheidenheit im Reichskanzlerpalais mit drei Zimmern. Mit einer Reisetasche ist er eingezogen und mit einer Handtasche, so schreibt der Verfasser Robert Beer, wird er die Wilhelmstraße wieder verlassen. Sein Gehalt, welches er selbst bedeutend herabgesetzt hat, verwendet er nicht einmal für sich, sondern gibt den überflüssigen Teil an Kriegsinvaliden und andere Hilfsbedürftige. Seine große Gewissenhaftigkeit offenbart sich auch darin, daß er z. B. für Privatzwecke nicht einmal sein Dienstauto benutzt, sondern einen Taxameter bestellt. Doch dieses nur nebenbei. Wir sollen Glauben haben an die Wahrhaftigkeit dieses Staatsmannes. Bis zur Selbstentäußerung und Selbstaufopferung arbeitet er im Interesse der Gesamtheit. Niemand weiß heute, ob Brüning die unerhörten Aufgaben, vor denen er steht, bewältigen wird, ob er als einer der großen Männer in die deutsche Geschichte eingehen oder doch schließlich scheitern wird. Wenn Lauterkeit, Opferfähigkeit und Härte des Willens allein entscheiden, dann wird Brüning Sieger bleiben. W. W.

Der Stahlhelm

Wer am 9. August in seinem Wohnsitz nicht abstimmen kann

(weil er verreist ist) muß sich bis

Freitag mittag 1 Uhr unbedingt einen Stimmschein besorgen.

Mit Hilfe des Stimmscheins kann in jeder beliebigen Gemeinde Preußens gestimmt werden.

Stimmscheine werden in **Bielefeld auf dem Rathaus, Zimmer 46 ausgestellt.** — In **Bethel** auf dem **Amt Gadderbaum.**

Kreditsperre für Gemeinden.

Durch Notverordnung verhängt. — Abänderungsmöglichkeit der Sparkassensatzungen.

— Berlin, 6. August.

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung hat Reichspräsident von Hindenburg folgende Verordnung über Spar- und Girokassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute erlassen:

§ 1.

Die Reichsregierung ist ermächtigt, bei den öffentlichen oder dem öffentlichen Verkehr dienenden Spar- und Girokassen sowie bei den kommunalen Giroverbänden und kommunalen Kreditinstituten die zu einer zwangsmäßigen Gestaltung der Organisation erforderlichen Maßnahmen zu treffen, insbesondere bestehende Satzungen zu ändern oder neue Satzungen einzuführen; sie kann zu diesem Zweck insbesondere Einrichtungen und Anstalten aufheben, zusammenlegen und neu begründen.

Die Reichsregierung kann die in Absatz 1 bezeichneten Befugnisse auf die obersten Landesbehörden übertragen.

§ 2.

Die im (1) genannten Spar- und Girokassen, Giroverbände und Kreditinstitute sind bis auf weiteres zur Abgabe wechselmäßiger Erklärungen nach näherer Bestimmung der obersten Landesbehörde befugt; die Rechtswirksamkeit der Wechselverpflichtung ist von solchen Bestimmungen unabhängig.

§ 3.

Den im § 1 genannten Spar- und Girokassen, Giroverbänden und Kreditinstituten ist bis auf weiteres untersagt, Anleihen, Darlehen und Kassenkredite an Gemeinden Gemeindeverbände und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten unmittelbar oder mittelbar zu gewähren.

§ 4.

Die Vorschrift des § 2 tritt mit Wirkung vom 1. August 1931 in Kraft; die Verordnung tritt im übrigen mit ihrer Verkündung in Kraft.

*

Nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen hatten — z. B. in Preußen — die Garantieverbände, d. h. die Gemeinden das Recht, 25 vom Hundert der Sparkassen-Einlagen als Kredite für sich in Anspruch zu nehmen Von diesem Recht ist wohl bei der Mehrheit der Gemeinden Gebrauch gemacht worden, ja es sind verschiedene Fälle bekannt, wo die Grenze von 25 Prozent, die in anderen Ländern ähnlich hoch ist, überschritten worden ist.

Der Volksentscheid.

Volksentscheid und Regierungskoalition. — Funkspruch an die Behörden.

— Berlin, 6. August.

Der 9. August, der Tag des Volksentscheids in Preußen, gilt vorläufig in den politischen und wirtschaftlichen Kreisen als Stillhaltetag. Bis zu diesem Termin dürften nämlich kaum irgendwelche Entscheidungen fallen. Man mißt zwar dem Ergebnis in Berliner offiziellen Kreisen weniger Bedeutung bei als anscheinend das Ausland, aber eben diese Einstellung des Auslandes veranlaßt die Regierungen auf die Grenzen der Bedeutung des Volksentscheids hinzuweisen. Die eigentliche Bedeutung sei rein zeitlicher Natur. Ohne Volksentscheid bliebe die Regierung Braun bis zum März im Amt. Gelingt der Volksentscheid, dann könne nach Erledigung der Formalitäten frühestens im Dezember, vielleicht kurz vor Weihnachten, die Neuwahl zum Landtag stattfinden. Der Landtag müsse dann einen Monat später, also Ende Januar zusammentreten. Erst wenn ein neuer Landtagspräsident gewählt ist, könne der preußische Ministerpräsident sein Amt zur Verfügung stellen. Also ein Gelingen des Volksentscheids bedeute keineswegs den sofortigen Rücktritt des Kabinetts Braun.

Die Voraussagen über das Ergebnis des Volksentscheids sind überall sehr vorsichtig. Bekanntlich müssen, wenn der Volksentscheid Erfolg haben soll, mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten mit „Ja" stimmen, das wären etwa 13,5 Millionen.

Der preußische Innenminister hat durch Funkspruch sämtliche Regierungspräsidenten angewiesen, zur Unterrichtung der Wahlvorsteher in allen Kreisblättern unverzüglich darauf hinzuweisen, daß nach Paragraph 64, Absatz 4, der Landeswahlordnung jeder Stimmberechtigte sich auf Erfordern dem Abstimmungsvorstand über seine Person auszuweisen habe; dieses Verlangen sei in allen Fällen zu stellen, in denen die Identität der erschienenen mit der stimmberechtigten Person nicht unbedingt feststehe. Ferner hat der Minister darauf aufmerksam gemacht, daß alle Landräte dafür Sorge zu tragen haben, daß jeder verfassungswidrige Zwang zur Beteiligung an der Abstimmung unterbleibt.

Der Volksentscheid in Preußen.

Was jeder Stimmberechtigte wissen muß.

Am nächsten Sonntag, den 9. August, findet in Preußen der Volksentscheid statt für das Gesetz: „Der Preußische Landtag ist aufzulösen!" Für die Durchführung des Abstimmungsverfahren gelten folgende Bestimmungen:

Stimmberechtigt

ist, wer am Abstimmungstage Reichsangehöriger und 20 Jahre alt ist und in Preußen wohnt. Auch Angehörige anderer deutscher Länder, die 20 Jahre alt und in Preußen wohnhaft sind, sind also stimmberechtigt. Das Erfordernis des Wohnorts in Preußen gilt auch bei denjenigen preußischen Staatsbeamten, Arbeitern und Angestellten in preußischen Staatsbetrieben und Angehörigen ihrer Hausstände als erfüllt, die zwar nicht in Preußen, aber nahe der Landesgrenze ihren Wohnort haben. Als Wohnort gilt der Ort, an dem der Stimmberechtigte seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat. Ein nur für Tage oder wenige Wochen bemessener oder nur gelegentlicher Aufenthalt ist kein gewöhnlicher Aufenthalt im Sinne dieser Bestimmung. Abgestimmt wird in allen preußischen Gebieten, einschließlich der in Süddeutschland gelegenen preußischen Enklaven.

Abstimmungszeit.

Die Abstimmungszeit dauert von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags. Nur in Stimmbezirken mit weniger als 1000 Einwohnern kann die Abstimmungszeit von den zur Abgrenzung der Stimmbezirke zuständigen Behörden so abgekürzt werden, daß sie spätestens um 10 Uhr vormittags beginnt und um 5 Uhr nachmittags endet. Ohne eine solche Anordnung der zuständigen Behörde ist kein Abstimmungsvorsteher befugt, die Abstimmungshandlung später zu eröffnen oder früher zu schließen.

Abstimmungshandlung.

Für die Stimmabgabe erhält jeder Stimmberechtigte nach Betreten des Abstimmungsraumes außer dem amtlich gestempelten Umschlag einen Stimmzettel. Mit diesen beiden Stücken begibt er sich hinter die Schutzvorrichtung und macht dort auf dem Stimmzettel seinen Willen kenntlich; dies geschieht zweckmäßig in der Weise, daß Stimmberechtigte, die die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen wollen, in den Kreis des mit „Ja" bezeichneten Vierecks ein Kreuz oder ähnliches Zeichen setzen. Hierüber sind die Stimmberechtigten durch Aushang besonders zu belehren. Den so gekennzeichneten Stimmzettel legt der Stimmberechtigte in den Umschlag und tritt zwecks Abgabe seiner Stimme an den Abstimmungstisch.

Einen Stimmschein

erhält auf Antrag ein Stimmberechtigter, der in einer Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen ist,

1. wenn er sich am Abstimmungstage während der Abstimmungszeit von 8 bis 17 Uhr (5 Uhr nachmittags) aus zwingenden Gründen außerhalb seines Stimmbezirks aufhält;
2. wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrist seine Wohnung in einen anderen Stimmbezirk verlegt;
3. wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfähigkeit gehindert ist und durch den Stimmschein die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Stimmraum aufzusuchen.

Der Stimmschein darf nur von der Gemeindebehörde des Wohnorts in der Zeit von der Veröffentlichung des Tages des Volksentscheids bis einen Tag vor dem Tage des Volksentscheids ausgestellt werden.

Der Antrag ist an die zur Ausstellung des Stimmscheins zuständige Gemeindebehörde zu richten. Zuständig ist die Gemeindebehörde des Wohnorts, oder wenn ein Stimmberechtigter seine Wohnung in einen anderen Stimmbezirk verlegt, die Gemeindebehörde des bisherigen Wohnorts.

Stimmscheine können mündlich oder schriftlich beantragt werden, einem schriftlichen Antrag ist jedoch unbedingt Rückporto beizulegen. Schließlich kann von einem Antragsteller gefordert werden, den Grund zur Ausstellung eines Stimmscheins glaubhaft zu machen. Er wird dann also darzulegen haben, daß er sich z. B. auf Erholungsurlaub oder auf einer Geschäftsreise befindet.

Wer nun einen Stimmschein erhalten hat, kann damit auch außerhalb seines Wohnorts am Volksentscheid teilnehmen. Jedoch nur in Preußen! Der Stimmschein gilt außerhalb Preußens nicht, und es gibt auch keine Möglichkeit, in einem anderen Staate am Volksentscheid teilzunehmen.

Bethel.

Konzert der Elberfelder Kurrende. Am Freitag, den 7. August, singt die Elberfelder Kurrende, welche vor 2 Jahren so viel Freude gebracht hat, im Assapheum, abends 8 Uhr. Einlaßkarten für diesen Kunstgenuß sind durch die Anstaltspost, an der Ophir-Kasse und im Telefonhaus für 60 Pfennig zu haben. Jugendliche 40 Pfg. An der Abendkasse 75 und 50 Pfg. in Reichsgeld, bei Zahlung in Bethelgeld entsprechender Aufschlag.

Zur freundlichen Beachtung! Umzugshalber bleibt die Dankort-Ausgabestelle bis zum 25. ds. Mts. geschlossen.

Anzeigen aus Bethel.

Kinderwagen, sehr gut erhalten, hat abzugeben Paul Kley, Friedhofsweg 36.

Kurort Elim, Bad Wildungen

5 Pensionshäuser. Badehaus und Sonnenbäder für Naturkuren. Wildungerkuren. Sommerfrische. Dauerpensionat. Andachten. 3,50 bis 5,— und 10%. Alles Nähere durch Prospekt mit 32 Bildern umsonst. Prediger C. Ufer.

Hospiz „Haus Hainstein", Eisenach

Herrliche Lage, eigener Waldpark, Wartburgblick; besonders für längeren Aufenthalt geeignet. Teilnahme an den Andachten und Feierstunden des Jugendwerkes erwünscht.

Gute Zimmer mit einfacher, gesunder Verpflegung je nach Jahreszeit und Lage der Zimmer RM. 4,50 bis RM. 6,—. Reichhaltiges Lesezimmer.

D. Paul Le Seur

Schwermütige, Verzagte, Erholungsbedürftige und solche, **die in geistiger Not sind,** finden freundliche Aufnahme zu mäßig. Preise im

Erholungsheim Haus Friedensruh

in **Laufen/Eyach, O/A Balingen** (Württbg.) Sommer und Winter geöffnet. Anfragen sind zu richten an die **Leitung des Hauses.**

Kur-Anstalt Erholungsheim Ebert

vegetarisch und Rohkost

Bennekenstein-Hochharz unweit Braunlage

Pastor Felkekuren. Prosp. frei!

Bad Nauheim:

Freundl. Zimmer, unweit der Bäder und Salinen. Volle Pension von 5.— Mark an. **H. Spiekermann, Karlstr. 51 p.**

Pianos Harmoniums

erstklassige und solide Fabrikate. Mäßige Preise! Bequeme Teilzahlung

Bielefelder Piano- u. Harmonium-Ndlg. Otto Stierstadt

Bielefeld, Gegr. 1905. Ellerstraße 17, Tel. 3787

Der Herrnhuter Abreißkalender 1932

mit Betrachtungen über die Losungen der Brüdergemeine kostet nur RM 1.— und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen. — Seine feine Rückwand und die gehaltvollen Betrachtungen seien hervorgehoben und seine Verbreitung warm empfohlen.

Verlag der Missionsbuchhandlung Herrnhut i. Sa.

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Wie kommen wir

Der Stahlhelm

Raus aus dem Elend?

Hierüber spricht: **Major a. D. Wagner, Berlin.** Bundeskanzler des Stahlhelms B. d. F.

Heute Donnerstag, den 6. August, abends 8,30 Uhr, in der Ausstellungshalle.

Kassenöffnung um 7 Uhr. — — Eintrittspreis 30 Pfennig. — — Arbeitslose gegen Ausweis 10 Pfennig.